



Stand der Verhandlungen zur Hochschulfinanzierungsvereinbarung III (HoFV III) ab dem 1. Januar 2026

1. Wie sieht der Stand der Verhandlungen zur neuen Hochschulfinanzierungsvereinbarung im Oktober 2024 aus?

Bisher war vertraglich festgelegt, dass die Hochschulfinanzierung von Sparmaßnahmen des Landes innerhalb einer Legislaturperiode ausgenommen ist. Die Landesregierung plant nun, diese Ausnahme in der künftigen Hochschulfinanzierungsvereinbarung, die ab 2026 gelten soll, zu streichen – laut dem Finanzminister muss das Wissenschaftsministerium künftig eine „bockelharte“ Ausgabenkürzung (globale Minderausgabe) umsetzen, die auf die Universitäten und Hochschulen durchschlägt.

2. Wie wirkt sich die Ausgabenkürzung auf die Hochschulfinanzierung aus?

Die Universitäten haben für die künftige Hochschulfinanzierung ihren Finanzierungsbedarf angemeldet; die bisher bekannten Rahmenbedingungen des Landes bleiben weit darunter.

Bedarf

Steigerung der Finanzmittel von 2026-30 in jedem Jahr um 6 %, um hohen Inflationsraten der Jahre 2022 und 23 auszugleichen.

Standortsicherung

Transformationsbudget zur Weiterentwicklung der Universitäten, u. a. zum Auf- und Ausbau von Studiengängen

Sicherung der Finanzierungsstrukturen

Konsolidierung der laufenden Vereinbarung (HoFV III)

- Verbesserung Betreuung Studierende
- Verstetigung der Sondermittel
- Überarbeitung Ausgleichsmechanismus (Mittelverteilungsmodell)

Angebot des Landes

2026: Nullrunde, danach jährliche Steigerung von 0,4 %.¹

- alle Vorschläge abgelehnt
- abgelehnt
- teilweise erfüllt, teilweise unsicher
- abgelehnt
- teilweise
- möglich

¹ Im Jahr 2026 nur Übernahme der Tarifsteigerungen des Personals, danach nominale Steigerung 3,5 Prozent, von denen 3,1 Prozent für Tarifsteigerungen abgezogen werden, so dass nur 0,4 Prozent verbleiben.

3. Wie wirkt sich das an den einzelnen Universitäten aus?

Es werden teils drastische Sparmaßnahmen erforderlich, um die Funktionsfähigkeit der Universitäten in folgenden Bereichen aufrecht zu erhalten:

- Energiekosten
Die Energiekosten der Universitäten steigen aufgrund des wachsenden Energiebedarfs von Forschung und Lehre weiterhin. Da Gebäude und Infrastruktur nicht stillgelegt werden können, müssen Mittel aus Forschung und Lehre dafür umgeschichtet werden.
- Bau- und Sanierungsmaßnahmen
Die Universitätsgebäude müssen mindestens so funktionsfähig gehalten werden, dass sie ihre Betriebserlaubnis behalten und nicht geschlossen werden, was bei vielen älteren Bauten (Brandschutz) eine konkrete Gefahr darstellt. Das ist eine Aufgabe des Finanzministeriums, das aber trotz eines eigenen Baubudgets oft nur dann baut und saniert, wenn die Universität aus ihren Mitteln für Forschung und Lehre mitfinanziert. Wenn die Universität dazu nicht in der Lage ist, wird nicht saniert. Sofern ein Gebäude saniert wird, muss die Universität teilweise jahrelang Mietkosten für Ersatzgebäude bezahlen. Auch das geht im Gegensatz zu den anderen Hochschularten nur aus den Mitteln für Forschung und Lehre.
- Personaleinsparungen
Damit die Universitäten weiter funktionieren, bleibt kein anderer Weg, als beim Personal zu sparen, das mit 80 Prozent den größten Kostenanteil der Budgets bildet. Da niemand entlassen wird und Gehälter nicht gekürzt werden, bleibt als einzige Möglichkeit, freiwerdende Stellen – von Professuren bis zum Hausdienst – nicht oder mit Verzögerung wieder zu besetzen, weil die Universität in dieser Zeit einen Teil des Gehalts der Stellen für andere Bedarfe einsetzen kann. Das bedeutet für die Studierenden Einschnitte in der Betreuung und im Lehrangebot, für die Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler schlechtere Chancen auf eine Stelle und für die Gesellschaft eine geringere Forschungsleistung der Universitäten.
- Einschränkungen bei Infrastruktur und Services
Je nach Finanzlage am Standort kann es sein, dass Leistungen und Infrastruktur, die nicht gesetzlich zwingend sind, eingeschränkt werden müssen.
- Transformationsfähigkeit der Universitäten
Die Universitäten können nur dann die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft befördern, wenn sie sich selbst transformieren. Das heißt, Forschungsrichtungen und Studiengänge regelmäßig umzubauen, so dass die Absolventinnen und Absolventen das notwendige aktuelle Wissen aus der Forschung in Wirtschaft und Gesellschaft einbringen können. Ohne ausreichende Mittel können die Universitäten sich nicht ausreichend fortentwickeln, was sowohl den Studierenden, den Forscherinnen und Forschern sowie letztlich der Gesellschaft im Land schadet.